

Stellv. Vorsitzender Bellinghausen verweist auf die sehr ausführliche Vorlage der Verwaltung und stellt diese zur Diskussion.

Frau Jüdes-Dreesen informiert zunächst über eine Stellungnahme des erkrankten Ausschussvorsitzenden Duldhardt, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

In der weiteren Diskussion des Tagesordnungspunktes heben Sprecher aller Fraktionen die gute Vorarbeit der Verwaltung für die heutige Sitzung hervor. Der in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagene „Ablaufplan“ findet hierbei die breite Zustimmung des Ausschusses. Herr Schmidt schlägt ergänzend vor, auch Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde, die benachbarte Schulen besuchen, einzubeziehen. Der Vorschlag von Herrn Kretzschmar, auch die Kindergärten in der Gemeinde für eine Mitarbeit im Kinder- und Jugendparlament zu gewinnen (Einbeziehung von Erzieherinnen) wird sowohl von der Verwaltung als auch von anderen Fraktionen nicht befürwortet. Ebenfalls regt Herr Kretzschmar an, dass nach dem Verwaltungsvorschlag vorgesehene Höchstalter von 18 Jahren anzuheben, um Schülerinnen und Schüler von weiterführenden Schulen bis Ende der Schulzeit die Möglichkeit zu geben, im Kinder- und Jugendparlament mitzuarbeiten. Hierzu ergibt sich nachfolgend eine Diskussion im Ausschuss. Herr Dehnert schlägt schließlich vor, die Sitzung zu unterbrechen und den anwesenden Jugendlichen Gelegenheit zu geben, sich hierzu zu äußern. Hiermit erklären sich alle Ausschussmitglieder auf Befragen des stellv. Vorsitzenden einverstanden.

Der stellv. Vorsitzender Bellinghausen unterbricht von 18.18 Uhr bis 18:23 Uhr die Sitzung zur Meinungsäußerung durch die Jugendlichen. Mehrere Jugendliche melden sich zu Wort. Sie würden es begrüßen, wenn die Möglichkeit eingeräumt würde, bis zum Ende der Schulzeit im Kinder- und Jugendparlament mitzuarbeiten. Sie sehen auch keine Probleme bei der Zusammenarbeit mit jüngeren Mitgliedern des Gremiums, zumal dies auch in der Schule gängige Praxis sei.

Nach Fortführung der Sitzung spricht sich der Ausschuss in der weiteren Diskussion dafür aus, dass die Mitarbeit im Kinder- und Jugendparlament nicht mit dem 18. Lebensjahr enden soll. Stattdessen soll die Wählbarkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres für das Gremium enden.

Stellv. Vorsitzender Bellinghausen stellt den Vorschlag der Verwaltung mit der vorgeschlagenen Änderung des Wahlalters zur Abstimmung.